

Hannover, den 11. 3. 1987

**Mündliche Anfragen
gemäß § 47 der Geschäftsordnung
des Niedersächsischen Landtages**

1. Abgeordneter
Bartels
(SPD)

Erstellung des Landschaftsprogramms

Die oberste Naturschutzbehörde ist nach § 4 des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes (NNatSchG) verpflichtet, für den Bereich des Landes ein Landschaftsprogramm auszuarbeiten und fortzuschreiben. Diese Verpflichtung besteht seit Inkrafttreten des Gesetzes vom 1. Juli 1981.

Auf meine Anfrage vom 10. Oktober 1984 antwortete der zuständige Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, die Landesregierung beabsichtige, das Landschaftsprogramm im Herbst 1985 vorzulegen. Als Grund für die lange Bearbeitungszeit erklärte die Landesregierung, sie bevorzuge die Vorlage eines fundierten Programmes vor der Vorlage eines eiligen Programmes.

Ich frage die Landesregierung:

1. Aus welchem Grund ist es nicht zur Vorlage des Landschaftsprogramms zum angekündigten Zeitpunkt im Herbst 1985 gekommen?
2. Aus welchem Grund ist das Landschaftsprogramm bis heute noch nicht vorgelegt worden?
3. Wann ist mit der Veröffentlichung des Programms zu rechnen?

2. Abgeordnete
Schmalstieg,
Wernstedt
(SPD)

Einführung des schulischen Berufsgrundbildungsjahres Holztechnik

Der Niedersächsische Kultusminister hatte mit Erlaß vom 31. 7. 1985 entschieden, daß für die Einführung des BGJ Holztechnik keine Einzelgenehmigungen mehr erteilt werden, sondern nur noch die landesweite Einführung in Erwägung gezogen werde. Als wahrscheinlicher Termin wurde der 1. 8. 1987 genannt.

Obwohl z. B. in der Landeshauptstadt Hannover seit Jahren die Voraussetzungen für die Einführung des

BGJ Holztechnik vorliegen, wurde jetzt bekannt, daß auch zum 1. 8. 1987 nicht mit der Einführung zu rechnen sei.

Wir fragen die Landesregierung:

Zu welchem Zeitpunkt gedenkt sie die Einführung des BGJ Holztechnik zu verordnen?

3. Abgeordneter
Oestmann
(CDU)

Äußerungen des Abgeordneten Reckmann während der Landtagssitzung am 29. 1. 1987 zu den Eingaben 217/7/XI und 258/7/XI

In der Sitzung am 29. 1. 1987 hat der Landtag die Eingaben 217/7/XI und 258/7/XI beraten und den Petenten über die Sach- und Rechtslage informiert. Nachdem der Landtag entschieden hat, wird in der Berichterstattung der „Schaumburger Zeitung“ vom 30. 1. 1987 der Abgeordnete Reckmann mit der Aussage zitiert: „Das Verhalten des Ministeriums sei ein Skandal. Der entsprechende Beamte habe den Ausschuß belogen.“

Ich frage die Landesregierung:

Ist sie bereit,

1. diesen Behauptungen entgegenzutreten und
2. dem Abgeordneten Reckmann, der sich an der Beratung und der Aussprache nicht beteiligt hat, den Sachverhalt noch einmal darzulegen?

4. Abgeordneter
Trittin
(Grüne)

Blockade eines Pershing-II-Depots durch Richter; hier: Vorverurteilung durch den Justizminister

Anfang Januar 1987 demonstrierten eine Reihe von Richter/innen und Staatsanwält/inn/en mit einer friedlichen Sitzblockade gegen die Stationierung von Pershing-Raketen vor dem Depot in Mutlangen. Darunter sollen auch niedersächsische Richter/innen gewesen sein. Nachdem ihm dieser Umstand bekannt wurde, konnte der niedersächsische Minister der Justiz seine „Empörung über dieses Verhalten nicht länger unterdrücken“. Die Betroffenen hätten sich — ebenfalls wörtlich — „zu Straßensperren hinreißen lassen“. Zum Abschluß werden dann in der Pressemitteilung straf- wie disziplinarrechtliche Maßnahmen gegen die Richter angekündigt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Was hat den dienstvorgesetzten Minister bewogen, abweichend von der üblichen Praxis vor dem Abschluß eines Strafverfahrens und vor dem Abschluß disziplinarischer Vorermittlungen in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, die Richter/innen hätten sich eines Dienstvergehens schuldig gemacht?

2. Zu welchem genauen Zeitpunkt sind die Betreffenden auf welche Weise im Rahmen welchen förmlichen oder anderen Verfahrens gehört worden?
3. Gedenkt sich der dienstvorgesetzte Minister nun entsprechend dem Verhalten seines Amtsvorgängers Schwind im „Fall Vultejus“ selbst für befangen zu erklären und sich weiterer Äußerungen zu enthalten?

5. Abgeordneter
Schörshusen
(Grüne)

Emissionsentwicklung beim Straßenverkehr

Aufgrund der kürzlich vom Kraftfahrt-Bundesamt veröffentlichten Zulassungszahlen hat das Heidelberger „Institut für Energie- und Umweltforschung (IFEU)“ errechnet, daß die Personenkraftwagen in der Bundesrepublik 1986 ca. 44 000 Tonnen Stickoxide mehr als im Vorjahr ausgestoßen haben. Danach haben im Bereich „Verkehr“ die Stickoxidemissionen 1986 mit 1,7 Millionen Tonnen um 140 000 t höher gelegen als vor vier Jahren. Begründet wurde dies damit, daß 5 Prozent mehr Autos als im Vorjahr fahren und bisher nur 1,4 Prozent aller Pkw einen geregelten Dreiweg-Katalysator besitzen.

Von den als steuerlich schadstoffarm begünstigten Pkw seien 66 Prozent Dieselfahrzeuge gewesen. Der Ausstoß von krebserzeugenden Rußpartikeln aus Dieselmotoren sei um 25 Prozent gestiegen und habe sich damit gegenüber 1982 verdoppelt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie haben sich die durch den Straßenverkehr verursachten Emissionen in den letzten vier Jahren verändert?
2. Wie bewertet die Landesregierung vor diesem Hintergrund die angeblichen Erfolge in der Luftreinhaltepolitik?
3. Welche Maßnahmen gedenkt sie zu ergreifen, um an der für die Wälder und Menschen gefährlichen Emissionssituation etwas Entscheidendes zu verändern?

6. Abgeordneter
Schwarz
(SPD)

Jagdschloß Nienover

Unabhängig von der Vorgeschichte um das Jagdschloß Nienover stellte der Minister für Wissenschaft und Kunst, Dr. Cassens, am 25. 4. 1986 im Landtag fest, daß nach genaueren Kostenberechnungen durch die Staatshochbauverwaltung der bisherige Kostenrahmen um 1,68 Millionen DM überschritten wird und deshalb eine genaue Überprüfung stattfinden müßte.

In der Antwort auf meine Kleine Anfrage, Drs 11/409, ob die Kostenüberprüfung zwischenzeitlich abgeschlossen ist und wann mit der Umbaumaßnahme gerechnet werden kann, teilt die Landesregierung mit, daß die Staatshochbauverwaltung weitere Einsparungsmöglichkeiten aufgezeigt habe. Zur Bewertung sei eine Stellungnahme des Niedersächsischen Landesverwaltungsamtes, Institut für Denkmalpflege, und der Bezirksregierung Braunschweig erforderlich. Nach Eingang dieser Stellungnahmen solle abschließend über die Einsparungsmöglichkeiten und deren Höhe entschieden werden.

Zwischenzeitlich ist jedoch die Sanierungsmaßnahme im Haushalts- und Finanzausschuß aus dem Haushalt 1987 als eine Hochbaumaßnahme des Landes mit einem bezifferten Gesamtvolumen von 3 640 000 DM gestrichen worden. Aus der MiPla ergibt sich, daß neue Vorhaben erst 1989/90 in die Liste aufgenommen werden können.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie ist die jetzige Streichung der Maßnahme im Haushalt 1987 mit der bekannten Vorgeschichte, den bisherigen Diskussionen im Landtag und mit der Beantwortung der Kleinen Anfrage Drs 11/409 in Einklang zu bringen?
2. Zu welcher Bewertung sind die Stellungnahmen des Niedersächsischen Landesverwaltungsamtes und der Bezirksregierung Braunschweig hinsichtlich des Kostenrahmens und möglicher Einsparungen nunmehr gekommen?
3. Ist die Gemeinde Bodenfelde über die jetzige Entwicklung unterrichtet worden, da ihr die Mitbenutzung der Anlage für kulturelle Einrichtungen im Rahmen des Fremdenverkehrs mehrmals in Aussicht gestellt wurde?

7. Abgeordnete
Frau Langendorf,
Frau Dr. Dücker
(Grüne)

Förderung des Radioaktivitäts-Meßplatzes der Universität Oldenburg

Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im April letzten Jahres hat der Gammaspektroskopieplatz an der Universität Oldenburg zur Abschätzung der akuten Gefährdung durch Radioaktivität und zur Information der Bevölkerung wesentlich beigetragen. Dies wurde u. a. auch betont in einer Resolution des Rates der Stadt Oldenburg, die dem niedersächsischen Umweltministerium zugeleitet wurde.

Die Grünen im Landtag haben Umweltminister Remmers am 3. 12. 1986 in einem offenen Brief aufgefordert, den Meßplatz in personeller und materieller Hinsicht langfristig zu sichern und ihn wegen sei-

ner besonderen Eignung für die Verlaufsforschung und wegen des Mangels an Meßstellen in der Nord-west-Region Niedersachsens in das niedersächsische Radioaktivitäts-Meßnetz zu integrieren.

Dieser offene Brief ist bis heute nicht beantwortet. Statt dessen war einem Presseartikel in der „Nord-west-Zeitung“ vom 7. 1. 1987 zu entnehmen, daß Minister Remmers „keine Möglichkeit, Finanzmittel zur Förderung der Radioaktivitäts-Meßstelle an der Universität Oldenburg bereitzustellen“, sieht.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt sie die Forschungs-, Beratungs- und Informationstätigkeit des Radioaktivitäts-Meßplatzes der Universität Oldenburg zu den Folgen von Tschernobyl?
2. Gibt es andere niedersächsische Institutionen, die unmittelbar nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl mit Verlaufsuntersuchungen zur Verbreitung von Radionukliden im Boden begonnen haben? Wenn ja: welche?
3. Gedenkt die Landesregierung die Meßstelle der Universität Oldenburg in das landesweite Radioaktivitäts-Meßnetz mit aufzunehmen? Falls nein: warum nicht?

8. Abgeordnete
Milde,
Zempel,
Schack,
Weber,
Rettig,
Groth,
Adam,
Funke,
Bartels
(SPD)

Errichtung eines Instituts für Industriepflanzenforschung an der Universität Oldenburg

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie weit ist der Meinungsbildungsprozeß der Landesregierung gediehen?
2. Wann ist mit einer Entscheidung zu rechnen?
3. Ist die Landesregierung bereit, das o. a. Institut an der Universität Oldenburg einzurichten?

9. Abgeordnete
Bartels,
Schack
(SPD)

Radioaktives Molkepulver in Niedersachsen

In den Regierungsbezirken Hannover, Braunschweig und Lüneburg sind als Entschädigungssummen für radioaktiv verseuchte Milch und Milchprodukte an insgesamt 71 Molkereien und 3 Milcherzeuger mehr als 9 Millionen DM gezahlt worden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hoch war die Summe der Entschädigung und die Zahl der Empfänger im Bezirk Weser-Ems?
2. Was ist mit den radioaktiv verstrahlten Milchprodukten und dem Molkepulver aus Niedersachsen geschehen?

3. Gibt es auch in Niedersachsen — wie bei der Firma in Bayern — Anlaß zu der Vermutung, daß Empfänger von Entschädigungsleistungen zweimal an verstrahlten Lebensmitteln verdient haben?

10. Abgeordnete
Dr. Hansen,
Frau Dr. Schole
(Grüne)

Pflege- und Entwicklungspläne für Naturschutzgebiete

Für das Naturschutzgebiet an der Westseite der Thülsfelder Talsperre im Landkreis Cloppenburg, an das ein sehr stark frequentiertes Erholungsgebiet grenzt, hat die Bezirksregierung Weser-Ems bei einem Landschaftsplanungsbüro einen bisher unveröffentlichten Pflege- und Entwicklungsplan erstellen lassen, in dem laut Presseberichten die Probleme dieses Naturschutzgebietes sowie erforderliche Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen aus der Sicht des Naturschutzes dargestellt werden. Nachdem einzelne Bruchstücke dieser Untersuchung durch den Stadtdirektor der Stadt Friesoythe und die Lokalpresse an die Öffentlichkeit gerieten, erklärte ein Sprecher der Bezirksregierung Weser-Ems am nächsten Tag laut NWZ vom 30. 1. 1987, „der Pflege- und Entwicklungsplan werde nicht zu Einschränkungen für Erholungssuchende führen. In einer Besprechung beim Regierungspräsidenten Dr. Schweer sei entschieden worden, daß es sich bei dem vorliegenden Gutachten lediglich um die ‚persönliche Meinung‘ des mit der Aufstellung befaßten Landschaftspflegebüros handle.“

Biotopuntersuchungen sowie Vorschläge für Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen aus der Sicht des Naturschutzes ermöglichen eine sachgerechte Abwägung bei Nutzungskonflikten z. B. zwischen Natur und Erholung. Die Reaktion des Regierungspräsidenten läßt jedoch Zweifel aufkommen, ob eine derart sachgerechte Abwägung erfolgt ist. Es erscheint uns unverständlich, wenn von der Bezirksregierung Weser-Ems in Auftrag gegebene Untersuchungsergebnisse und Planungen offensichtlich abqualifiziert werden, bevor sie in wesentlichen Teilen der Öffentlichkeit vorgelegt worden sind.

Wir fragen daher die Landesregierung:

1. Wie beurteilt sie die Notwendigkeit und die Funktion einer derartigen Fachplanung für die Thülsfelder Talsperre mit den darin ausgeführten Alternativen?
2. Wie beurteilt sie die anscheinend abschließende Distanzierung von einer noch nicht in die Abwägung eingebrachten Fachplanung durch den Präsidenten der Bezirksregierung Weser-Ems?

3. Wie beurteilt sie grundsätzlich die Notwendigkeit, daß die Bezirksregierungen Pflege- und Entwicklungspläne für Naturschutzgebiete als Fachpläne des Naturschutzes zu erstellen haben, und welche Funktion im weiteren Abwägungsprozeß mißt sie ihnen zu?

11. Abgeordnete
Zempel,
Adam,
Bartels,
Funke,
Köneke,
Lüttge,
Swieter,
Boekhoff
(SPD)

Verendete Austernfischer

Informationen der Verwaltung des Nationalparks Wattenmeer war zu entnehmen, daß 1 200 bis 1 500 Austernfischer Mitte bis Ende Januar 1987 im niedersächsischen Wattenmeer verendet sind. Die Todesursache ist nicht geklärt; die Vermutungen schwanken zwischen Verhungern, Erfrieren bis zu tödlichen Umwelteinflüssen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Austernfischer sind tatsächlich im niedersächsischen Wattenmeer verendet?
2. Welche Todesursachen hat die Untersuchung der Vögel an der Tierärztlichen Hochschule Hannover ergeben?
3. Trifft es zu, daß die Tiere einen um das 24fache höheren als den normalen Wert an giftigem chlorierten Kohlenwasserstoff in der Leber aufwiesen?

12. Abgeordnete
Lehnert,
Schwarz,
Mientus,
Graeber,
Radloff
(SPD)

Eignung des öffentlichen Dienstrechtes

In der Debatte zum Landeshaushalt 1987 hat der Haushaltsexperte der CDU-Landtagsfraktion von Wangenheim erklärt, unser öffentliches Dienst- und Beamtenrecht mit all seinen wohlerworbenen Rechten und hergebrachten Pflichten biete nicht den richtigen Rahmen, den Anforderungen einer sich schnell verändernden Welt gerecht zu werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Teilt sie diese Auffassung des Abgeordneten von Wangenheim?
2. Wenn ja, welche Änderungen im Dienst- und Beamtenrecht strebt sie an?

13. Abgeordneter
Engels
(SPD)

Kostenlose Verteilung von Lebensmitteln aus EG-Beständen an Bedürftige

Im Vorfeld der Bundestagswahl wurde die kostenlose Verteilung von Butter, Weizenmehl, Rindfleisch, Frischmilchprodukten, Zucker, Olivenöl und Obst an Bedürftige angekündigt.

Wie aus den Wohlfahrtsverbänden jetzt verlautet, stehen der Verteilung fast unüberwindliche bürokratische Hemmnisse im Wege.

Die Bundesanstalt für Landwirtschaftliche Marktordnung hat darauf verwiesen, daß zum Beispiel Zucker und Olivenöl von den Verbänden in Italien abgeholt werden können. Anträge müssen bei den dortigen Behörden gestellt werden. Außerdem ist eine Vorfinanzierung notwendig.

Fast so kompliziert ist die Auslieferung von Weizenmehl. Es müssen erst Bestellungen an die BALM erteilt werden. Danach erfolgt eine Ausschreibung unter den Mühlen zur Herstellung des Mehls. Transportkosten werden nicht erstattet.

Die Ausgabe von Äpfeln soll über regionale Erzeugerorganisationen erfolgen. Dabei muß ein „zusätzlicher Bedarf begründet“ werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Möglichkeiten sieht sie, den Wohlfahrtsverbänden schnell und unbürokratisch bei der Auslieferung der zur Verteilung vorgesehenen Agrarüberschußprodukte zu helfen?
2. Ist sie bereit, zukünftig auf eine weniger bürokratische Handhabung derartiger Verteilaktionen zum Abbau der Lagerhaltung zu dringen?
3. Wie muß nach ihrer Auffassung ein „zusätzlicher Bedarf“ an Äpfeln begründet werden, und wie groß ist die Obstmenge, die in Niedersachsen verteilt werden kann?

14. Abgeordnete
Aller,
Deike,
Dehn,
Patzschke,
Schröder
(SPD)

Umstrukturierungspläne der Kali und Salz AG

Wie uns bekannt wurde sind am 23. 2. 1987 vom Hauptvorstand der Kali und Salz AG in Kassel Umstrukturierungspläne vorgestellt worden. Die Produktion bestimmter Erzeugnisse soll in erheblichem Maße eingeschränkt werden, 900 Beschäftigte sollen entlassen werden. Zu ihren Plänen veröffentlichte die Kali und Salz AG am 23. 2. 1987 eine Pressemitteilung.

Zur Kali und Salz AG gehören insgesamt 8 Werke. Von den Umstrukturierungsmaßnahmen sind jedoch nur die 3 niedersächsischen Werke Bad Salzdetfurth, Giesen und Lehrte betroffen. So sollen in Lehrte von 900 Beschäftigten 450, in Bad Salzdetfurth von 800 Beschäftigten 300 und in Giesen 140 entlassen werden. Für Giesen bedeutet das die Stilllegung des Untertagebaus.

Der HAZ vom 24. 2. 1987 entnehmen wir, daß sich der Niedersächsische Wirtschaftsminister Walter Hir-

che sehr betroffen gezeigt habe, da die geplanten Maßnahmen ausschließlich den niedersächsischen Arbeitsmarkt betreffen.

Die Betroffenheit des niedersächsischen Wirtschaftsministers macht deutlich, daß die Niedersächsische Landesregierung erstmalig durch die Pressemitteilung vom 23. 2. 1987 über die Planungsabsichten der Kali und Salz AG informiert wurde, obwohl Kali und Salz erklärt, die jetzt eingetretene Situation sei bereits seit ca. 2 Jahren absehbar gewesen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Sieht sie aus heutiger Sicht noch die Möglichkeit, auf das Planungsvorhaben der Kali und Salz AG Einfluß zu nehmen?
2. Ist ihr bekannt, daß bei Verwirklichung der Pläne den freigestellten Beschäftigten über Sozialpläne nicht geholfen werden kann, weil zum Beispiel das Durchschnittsalter der Beschäftigten in Bad Salzdetfurth und Giesen bei 34 Jahren liegt?
3. Drohen nach ihrer Meinung mittelfristig wegen des Dollarverfalls weitere „Umstrukturierungen“ verbunden mit dem Abbau von Arbeitskräften in den niedersächsischen Werken der Kali und Salz AG?

15. Abgeordneter
Mönninghoff
(Grüne)

Planungsauftrag für den Gebäudekomplex des neu gegründeten Solarinstituts

Für das neu gegründete Solarinstitut Hameln/Emmerthal wird ein eigenes Institutsgebäude mit beispielhafter passiver und aktiver Solarnutzung gebaut. Bei Gebäuden mit derartigen besonderen Anforderungen wird in der Regel ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben, damit das beste Gebäudekonzept gefunden wird und die Wettbewerbssieger die Detailplanung übernehmen können. Nach Presseberichten soll beim Solarinstitut hiervon abgewichen werden, und den Planungsauftrag soll ohne Wettbewerb oder Ausschreibung eine Architektengemeinschaft erhalten, die keine herausragenden Vorqualifikationen im Bereich der Solararchitektur hat.

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum wird der Planungsauftrag für das Solarinstitutsgebäude ohne den sonst üblichen Architektenwettbewerb vergeben?
2. Welche besonderen Referenzbauten, die sie zur Durchführung eines derartig herausragenden Planungsauftrages konkurrenzlos qualifiziert, hat die vorgesehene Architektengemeinschaft vorzuweisen?

3. Mit welchen Bau- und Planungskosten wird beim Solarinstitutsneubau gerechnet, und wie werden sie finanziert?

16. Abgeordnete
Dr. Hansen,
Frau
Hammerbacher-Richter
(Grüne)

Ausländerbeauftragte des Landes Niedersachsen

Die neu bestellte Ausländerbeauftragte des Landes Niedersachsen, Frau Erpenbeck, wird, Pressemeldungen entsprechend, demnächst ihre Arbeit aufnehmen. Die Forderungen engagierter Ausländerververtretungen und Ausländergruppen, diese Position mit einem/r Ausländer/in zu besetzen, sind von der Landesregierung nicht berücksichtigt worden. Daher stellt sich jetzt die Frage, wie die Interessen der Betroffenen (in Niedersachsen leben 273 000 Ausländer/innen) unter diesen Umständen durch die Ausländerbeauftragte wahrgenommen werden können.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Mit welchen Kompetenzen, mit welcher Personalausstattung, und mit welchen Haushaltsmitteln wird sie die Ausländerbeauftragte versehen?
2. Wie viele Ausländer/innen plant die Landesregierung in den Mitarbeiter/innen/stab der Ausländerbeauftragten zu berufen?
3. Sind „Ausländerbeauftragte“ in anderen Bundesländern
 - a) mit mehr Personal
 - b) mit mehr Kompetenzen ausgestattet?

17. Abgeordneter
Plaue
(SPD)

Übernahme von mehr als 25 % der Hochtief-Aktien durch die Deutsche Bank

Nach einem Bericht des Nachrichten-Magazins „Der Spiegel“ will die Deutsche Bank mehr als ein Viertel der Aktien am zweitgrößten bundesdeutschen Baukonzern, der Firma Hochtief AG, erwerben. Der Bank gehören bereits über 25 % der Aktien an der Philipp Holzmann AG, dem größten deutschen Bauunternehmen. Zwar soll dem Spiegel-Bericht zufolge die Absicht bestehen, das Hochtief-Aktienpaket „möglichst kleingestückelt“ weiter zu verkaufen; aus Erfahrung läßt sich jedoch sagen, daß damit meist eine Depotverwaltung bei der verkaufenden Bank verbunden ist und deren Stimmrechte in der Regel auch von der Bank ausgeübt werden. Der Einzug eines Vertreters der Deutschen Bank in den Aufsichtsrat der Hochtief AG scheint somit nicht ausgeschlossen zu sein.

Die Philipp Holzmann AG und die Hochtief AG stehen im nationalen wie internationalen Wettbewerb als die mit Abstand größten Baukonzerne der Bundesrepublik Deutschland in Konkurrenz zueinander. Beide Firmen unterhalten Niederlassungen in Niedersachsen, bei denen insgesamt über 1000 Arbeitnehmer beschäftigt sind.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wird nach ihrer Auffassung durch den Aktienverkauf mit den sich daraus ergebenden Einflußmöglichkeiten der Deutschen Bank ein Konzentrationsprozeß im Baugewerbe eher gefördert oder eher gebremst?
2. Teilt sie die Befürchtung, daß durch die Verbindung in den Konzernspitzen der beiden größten deutschen Bauunternehmen der Wettbewerb auf dem Baumarkt beeinträchtigt wird?
3. Welche Möglichkeiten sieht sie, den überproportional hohen Einfluß der Banken auf Aktiengesellschaften einzudämmen, und welche Schritte gedenkt sie dazu einzuleiten?

18. Abgeordnete
Frau Dr. Schole
(Grünen)

Geringe Auflagen bei Erlaubnissen zur Einleitung von industriellem Abwasser in Gewässer

Die Bezirksregierung Hannover hat dem Chemie-Unternehmen Riedel-de Haën im Wege einer „Gehobenen Erlaubnis“ die Möglichkeit eingeräumt, 30 Jahre lang große Abwassermengen mit erheblichen Schadstoff-Frachten in Gewässer einzuleiten. Die dabei zugelassenen Grenzwerte liegen weit hinter den Reinigungsleistungen, die nach dem Stand der Technik möglich sind und auch weit hinter den Grenzwerten, die andere Bundesländer bei vergleichbaren Chemiebetrieben zulassen.

Beispielsweise ist der genehmigte Wert:
der organischen Belastung bei Riedel 300, bei Hoechst 200 mg/l CSB,
der Cadmiumgehalt bei Riedel 500, bei Hoechst 3 µg/l,
der Quecksilbergehalt bei Riedel 10, bei Hoechst 1,5 µg/l.

Die Fischgiftigkeit hat bei Riedel den Faktor 10, bei Hoechst den Faktor 4.

Für eine Reihe von umweltschädlichen Verbindungen, unter anderem verschiedene krebserregende Substanzen, werden im Gegensatz zu Hessen (Hoechst) und Rheinland-Pfalz (BASF) überhaupt keine Grenzwerte festgelegt, obwohl dies möglich wäre.

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum erteilt das Land Niedersachsen eine 30jährige Erlaubnis, bei der Verschärfungen der Grenzwerte nur schwierig durchzusetzen sind, und nicht prinzipiell wie bei Höchsten Erlaubnissen mit kurzen Fristen, bei denen schon jetzt mitgeteilt wird, daß bei Erneuerung der Erlaubnis schärfere Grenzwerte nach dem neuen Stand der Technik erlassen werden?
2. Warum werden für verschiedene umweltgefährdende, zum Teil krebserregende Substanzen im Bescheid überhaupt keine Grenzwerte festgelegt, obwohl dies in anderen Bundesländern bewiesen, möglich wäre. (Beispiele Benzol und Toluol überhaupt kein Grenzwert, Festlegung bei AOX erst später)?
3. Warum werden für Cadmium, Quecksilber und Fischgiftigkeit Grenzwerte erlassen, die weit hinter dem Stand der Technik liegen und bei anderen Chemiefirmen in anderen Bundesländern weit unterboten werden?

19. Abgeordneter
Fischer (Buxtehude)
(FDP)

Fälschungssicherer und maschinenlesbarer Personalausweis

Am 1. April dieses Jahres werden die 428 niedersächsischen Einwohnermeldeämter die ersten fälschungssicheren maschinenlesbaren Personalausweise ausstellen.

Der Niedersächsische Datenschutzbeauftragte hat bezüglich der Maschinenlesbarkeit des neuen Ausweises Bedenken vorgebracht, die sich vor allem darauf gründen, daß ein erkennbarer Sicherheitsgewinn bislang nicht dargetan sei und die flankierenden Schutzvorschriften in der Strafprozeßordnung und im Polizeirecht fehlen. Ferner erhebt er Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Verpflichtung der Meldebehörden, alle An-, Um- und Abmelfälle der Kriminalpolizei zu übermitteln, insbesondere an dem Abgleich der Daten umziehender Bürger mit den polizeilichen Informationssystemen.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. In welchem Umfang teilt sie die Bedenken des Datenschutzbeauftragten in bezug auf den neuen Personalausweis und dessen Maschinenlesbarkeit?
2. Welche Vorkehrungen hat sie vorgesehen, damit auch nach der Einführung des neuen Ausweises das Grundrecht auf informelle Selbstbestimmung gewährleistet wird?
3. Gibt es Überlegungen, Lesegeräte anzuschaffen und damit auch Streifenwagen auszurüsten (Nutzung der Maschinenlesbarkeit)?

20. Abgeordneter
Trittin
(Grüne)

Lizenzanträge für terrestrische Fernseh-Frequenzen

Trotz mündlicher Zusage und mehrmaliger Rückfrage hat die Landesregierung als Erlaubnisbehörde bis heute dem Landesrundfunkausschuß noch nicht die Antragsunterlagen der verschiedenen Bewerber um eine terrestrische Fernsehfrequenz in Niedersachsen zur Kenntnis gebracht. Dies geschah, obwohl durch das inzwischen in Kraft getretene novellierte Landesrundfunkgesetz zwar die Einrichtung einer Erlaubnisbehörde beibehalten wurde, die Rolle des Landesrundfunkausschusses im Vergabeverfahren jedoch gestärkt worden ist.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie begründet sie ihre Verweigerung?
2. Wann wird sie ihrer Zusage der Übermittlung der Antragsunterlagen nachkommen?

21. Abgeordneter
Mönninghoff
(Grüne)

Sondermüll-Verbrennungsanlage Mayer-Dollbergen

Die Bezirksregierung Hannover hat am 31. 1. 1987 einen Bescheid erlassen, nach dem die Dr. Dr. Mayer AG jährlich 120 000 Tonnen Altöl-Sondermüll in einer neu zu bauenden Hochtemperaturanlage verbrennen darf. Die Anlage hat eine Soll-Temperatur von 1700°C und darf am ungünstigsten Punkt eine Mindesttemperatur von 1200°C nicht unterschreiten.

Bei derartigen Temperaturen werden nach Aussage der Landesregierung alle organischen Verbindungen vollständig zerstört, und es wird ausgeschlossen, daß umweltgefährdende Stoffe wie PCBs, Dioxine und Furane über die Abluft in die Umwelt gelangen. Der Genehmigungsbescheid in Dollbergen läßt im Gegensatz zu dieser Aussage jedoch einen Gehalt von 5 mg/m³ Abluft an organischen Verbindungen zu.

Ich frage die Landesregierung:

1. Aus welchen Stoffen setzen sich die 5 mg/m³ organische Verbindungen zusammen, die trotz über 1200°C liegenden Verbrennungstemperaturen noch im Abgas sind?
2. Warum wird im Genehmigungsbescheid für PCBs, Dioxine und Furane kein Grenzwert „unter der Nachweisgrenze“ für das gereinigte Abgas festgelegt, wenn bei den gegebenen Verbrennungstemperaturen ausgeschlossen wird, daß diese Stoffe noch im „gereinigten“ Abgas enthalten sind?
3. Wie ist in diesem Zusammenhang die Aussage der Landesregierung zu bewerten, daß in der ge-

planten Giftmüll-Verbrennungsanlage Oker/Harlingerode bei den geplanten Verbrennungstemperaturen alle gesundheitsgefährdenden organischen Verbindungen zerstört werden und nicht mehr in der Abluft enthalten sein werden?

**22. Abgeordneter
Bartels
(SPD)**

Benzol-Emissionen von Katalysatorautos und wirtschaftspolitische Auswirkungen

Im Zusammenhang mit einem Forschungsprojekt des Umweltbundesamtes zur Frage von Kohlenwasserstoff-Emissionen in Abhängigkeit von Kraftstoff- und Motoreigenschaften hat sich der begründete Verdacht ergeben, daß bei bestimmten Betriebszuständen Katalysatoren nicht in der Lage sind, erhöhte Benzol-Emissionen, bzw. Emissionen anderer Kohlenwasserstoffe zu begrenzen. Die Versuchsergebnisse gelten für den unregelmäßig betriebenen Katalysator in erhöhtem Maße, aber auch für den geregelten Drei-Wege-Katalysator in bestimmten Fahrzeugtypen.

In diesem Zusammenhang frage ich die Landesregierung:

1. Ist, sofern sich diese Versuchsergebnisse bestätigen, damit zu rechnen, daß der unregelmäßig betriebene Katalysator vom Markt verschwindet, da die Reinigungsnormen, die nach Anlage 23 der Straßenverkehrszulassungsverordnung in allen Betriebszuständen garantiert werden müssen, nicht eingehalten werden können?
2. Sind — unter der Voraussetzung, daß die Versuchsergebnisse bestätigt werden — auch technische Maßnahmen an Kraftfahrzeugtypen zu treffen, die Abgasreinigung durch den geregelten Drei-Wege-Katalysator zu garantieren?
3. Sieht die Landesregierung Veranlassung, Maßnahmen für die niedersächsische Automobilindustrie in die Wege zu leiten, um dieser einen innovativen Marktvorsprung zu sichern? Wenn nein, warum nicht?

**23. Abgeordneter
Engels
(SPD)**

Gewerblich betriebene Agrarproduktion

Die Krise der deutschen Landwirtschaft wird unter anderem darauf zurückgeführt, daß die sogenannten Agrarfabriken den bäuerlichen Familienbetrieben große Schwierigkeiten bereiten. Eine gesetzlich definierte Abgrenzung der Agrarfabriken von Familienbetrieben ist bislang nicht geschehen. Die Einführung von an die Fläche gebundener Bestandsober-

grenzen wurde als Mittel zur Eindämmung von gewerblich betriebener Agrarproduktion in der Vergangenheit abgelehnt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wieviel Agrarfabriken produzieren zur Zeit nach Auffassung der Landesregierung in Niedersachsen, und wie groß ist der Anteil dieser Betriebe an der jeweiligen Gesamtproduktion bei Milch, Geflügel, Schweinen und Mastrindern?
2. Welche Staatshilfen werden diesen Betrieben nach Erkenntnissen der Landesregierung auf direktem Wege, indirekt z. B. über staatliche Beratung und steuerlich einschließlich Vorsteuer gewährt?
3. In welcher Höhe ist nach Schätzung der Landesregierung außerlandwirtschaftliches Kapital in die Agrarproduktion eingedrungen?

24. Abgeordnete
Frau Dr. Schole
(Grüne)

Grundwasserabsenkung in der Nordheide

Es ist erneut bestätigt worden, daß durch die Grundwasserentnahmen der Hamburger Wasserwerke gravierende Vegetationsschäden eingetreten sind. Der Sachverständige der Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie in Bonn, Prof. Dr. K. Meisel, ist im vergangenen Jahr 16 Vegetationsschäden, die die Interessengemeinschaft Grundwasserschutz Nordheide e. V. gemeldet hatte, nachgegangen. In 6 Fällen hat auch er gravierende Vegetationsschäden festgestellt, z. B. sind einige Pflanzenarten völlig vernichtet, andere stark zurückgegangen.

Die Schadensgebiete häufen sich erkennbar an der Toppenstedter Aue und der Este. Diese Erkenntnisse wurden vom Wasserwirtschaftsamt Lüneburg untermauert. Die Wasserwirtschaftler haben bei der Toppenstedter Aue und der Este Abflußminderungen und Absenkungen des oberflächennahen Grundwasserleiters festgestellt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt sie die aufgetretenen Vegetationsschäden?
2. Welche Maßnahmen wird sie ergreifen, um die Entstehung weiterer Vegetationsschäden zu verhindern?
3. Ist sie bereit, deswegen mit der Stadt Hamburg in neue Verhandlungen einzutreten?